

Post knickt ein

Nach 88 Zeitverträgen erhält Postbotin feste Stelle

Am laufenden Band erhielt Anja Helffenstein immer nur befristet Arbeit - 88 Verträge in 17 Jahren. Dann war sie ihre Arbeit ganz los. Nun machte die Post eine überraschende Kehrtwende.

Es war wie eine permanente Probezeit, die Geduld von Anja Helffenstein, 41, wurde arg strapaziert. Nie konnte sie sich sicher sein, dass sie einige Wochen oder Monate später noch einen Job hat. Und dann wurde die Postbotin tatsächlich gefeuert: Nach 17 Jahren und 88 stets befristeten Verträgen wartete Helffenstein vergebens auf den 89. Arbeitsvertrag und wurde arbeitslos.

Dagegen wehrte sich die Zustellerin aus Wittenburg in Mecklenburg-Vorpommern: Vor dem Arbeitsgericht Schwerin klagte sie auf eine Festanstellung - und hat nun Erfolg. Am Freitag bei einem Gütetermin hat die Deutsche Post AG ihr einen unbefristeten Arbeitsvertrag angeboten.

Ohne jede Erwartung geht Helffenstein in den Gerichtssaal. Nach nur knapp 30 Minuten kommt sie wieder heraus, verduzt und sprachlos. Als erstes umarmt sie Betriebsratsmitglied Heinz-Joachim Sauer. "Ich kann es noch gar nicht realisieren, dass ich wieder arbeiten darf", sagt sie etwas später. "Meine Sachen liegen bereit. Ich könnte morgen wieder arbeiten."

Verblüfft von der plötzlichen Einigung ist auch ihr Anwalt Klaus Bertelsmann. "Damit hat wohl niemand gerechnet." Und Lars-Uwe Rieck von der Gewerkschaft Ver.di sagt: "Es ist schön, dass sich ihr Mut, an die Öffentlichkeit zu gehen, gelohnt hat."

"Ich hatte schon die Türklinke vom Arbeitsamt in der Hand"

Zuvor hatte der Fall für viel Wirbel gesorgt. Von 1997 bis zum April 2014 musste sich Helffenstein von einem befristeten Arbeitsverhältnis zum nächsten hangeln, mal mit Laufzeiten von wenigen Wochen, mal für drei oder sechs Monate sicher beschäftigt. Dann bekam sie keinen neuen Vertrag mehr. Als Grund sei ihre zweieinhalbwöchige Krankheit im Januar genannt worden. Der Niederlassungsleiter in Lübeck habe sie als untragbar bezeichnet, erzählt die Zustellerin. Warum? Das wisse sie nicht.

Befristungen am laufenden Band bestimmten Helffensteins Leben. Ihre Arbeit habe sich nicht von der ihrer unbefristet angestellten Kolleginnen unterschieden, sagt sie, dennoch habe sie weniger Geld erhalten. Da sie für Festangestellte einspringen musste, richtete sich ihr Urlaub nach deren Urlaub - und fiel eher selten in die Schulferien. Manchmal schloss sich ein neuer Zeitvertrag nahtlos an, manchmal lagen Tage oder Wochen dazwischen: "Ich hatte auch schon die Türklinke vom Arbeitsamt in der Hand, als der Anruf kam, dass ich wieder arbeiten könnte."

Das Angebot der Post-Prozessbevollmächtigten Rita Müller-Chychla: ein Vertrag über 38,5 Wochenstunden in der Entgeltgruppe drei. Die Post verzichte auf die Wartezeit nach dem Kündigungsschutzgesetz. Die Betriebszugehörigkeit solle jedoch nicht seit 1997, sondern erst seit 2009 anerkannt werden - wegen mehrjähriger Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses, die Helffenstein mit Elternzeiten begründet.

Ihre Freude über die Kehrtwende der Post ist allerdings etwas gedämpft: Der genaue Arbeitsort ist im angebotenen, unbefristeten Vertrag nicht festgelegt. Sei er für seine Mandantin nicht annehmbar, müsse er die Einigung widerrufen, sagt Anwalt Bertelsmann.

Couragiert vors Gericht

Die Öffentlichkeit zu suchen, hat sich für die jäh vor die Tür gesetzte Postbotin ausgezahlt. Arbeitslos nach 17 Jahren mit 88 Verträgen - etliche Medien berichteten über den ungewöhnlichen Fall, in dem der Arbeitgeber die gesetzlichen Möglichkeiten zur Kettenbefristung voll ausschöpfte. Im Prinzip können Unternehmen schier endlos Arbeitsverhältnisse befristen, wenn ihnen immer wieder Sachgründe einfallen, etwa Schwangerschafts- oder Elternvertretungen. Wann sie rechtsmissbräuchlich handeln, entscheiden Gerichte im Einzelfall. Und dafür müssen Mitarbeiter erst einmal den Mut aufbringen, ihren Arbeitgeber zu verklagen - und damit erst recht die Weiterbeschäftigung zu riskieren.

Anja Helffenstein hatte genug Courage. Unter anderem "Stern TV" berichtete über ihren Fall; die große

Aufmerksamkeit dürfte viel dazu beigetragen haben, dass die Post einen Rückzieher machte und ihr nun doch eine feste Stelle anbot. Die Post sieht sich wegen ihrer Personalpolitik nicht in der Defensive - ein gewisses Maß an Befristungen sei nötig, argumentiert Sprecher Markus Wohsmann. Rund 90 Prozent der Briefzusteller seien unbefristet beschäftigt. Aber: "Die übrigen zehn Prozent sind für uns ein Mittel, einen flexiblen Personaleinsatz zu handhaben."

Gewerkschafter Rieck traut dem Frieden nicht recht: "Mit dem schnellen Angebot zur Güte betreibt die Post nur Schadensvermeidung, indem sie in einem Einzelfall einknickt." Anders als ein Urteil habe die gütliche Einigung keine Ausstrahlung auf andere Fälle, "sie ist allenfalls ein erster kleiner Etappensieg".

Nach Riecks Meinung ist der Fall Helffenstein zwar besonders krass, aber in der Praxis nicht selten: "Jetzt hat ein Mensch eine Perspektive, mehr als 13.200 andere nicht." So viele Post-Mitarbeiter seien bundesweit befristet beschäftigt, fast elf Prozent der Belegschaft. Und ihre Zahl nimmt laut Ver.di zu.

dpa/jol

URL:

<http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/kettenvertraege-der-post-postbotin-erhaelt-unbefristeten-job-a-975098.html>

© SPIEGEL ONLINE 2014

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH